



Lale Akgün eröffnete als lokale Mitorganisatorin das Bundestreffen und begrüßte die zahlreichen Anwesenden aus dem gesamten Bundesgebiet. Dank dem Engagement der Aktiven vor Ort und der Kölner SPD, fand die bundesweite Zusammenkunft zum ersten Mal in einem SPD-Parteihaus statt.



*Lale Akgün eröffnet die kölsche Runde (c)\_Gerhard\_Lein*

Jochen Ott, MdL, der Vorsitzend des UB Köln, begrüßte als Gastgeber herzlich und inhaltlich. Säkulare in der SPD seien in Köln immer willkommen, weil der rheinische Katholizismus ein besonders weites Herz habe. Er wünschte uns einen fruchtbaren Verlauf und Erfolg, bei unseren Bemühungen, das Säkulare im vielfältigen Erscheinungsbild der SPD deutlich machen zu können.



*Der Kölner SPD-Vorsitzende Jochen Ott begrüßt die Aktiven (c)\_Gerhard\_Lein*

Bevor der Reigen der Gäste begann, wurden die [Unterstützerinnen und Unterstützer](#) namentlich genannt, zu denen auch MdBs wie der Hamburger Metin Hakverdi, Swen Schulz aus Berlin und die Leipzigerin Daniela Kolbe zählen.



Als ersten Gast stellte unser Bundessprecher Adrian Gillmann sodann Benoît Gaillard aus Lausanne vor, der für die schweizerischen säkularen Sozialdemokraten das Wort erhielt. Benoît berichtete vom Dissens in der schweizerischen SP über die Frage, welchen rechtlichen Status islamische Gemeinschaften in der Schweiz haben sollen.



*Benoît Gaillard, SP  
Lausanne (c)\_Gerhard\_Lein*

Gemeinsam mit seiner Basler Genossin [Stephanie Siegrist](#) hatten er und andere die Gruppe [integra Universell](#) in der SP gegründet, um für eine säkulare Religionspolitik zu kämpfen. Er möchte die Kontakte zu den Säkularen in der SPD ausbauen und strebt eine west-europäische Konferenz von Säkularen in Lausanne an.

Anschließend wurde Burkhard Weppner willkommen geheißen, der als Koordinierungsteam-Sprecher des [Säkularen Netzwerkes NRW](#) die Arbeit dieses seit Anfang 2016 bestehenden Netzwerkes vorstellte. Es ist als offenes Forum organisiert, an dem neben Aktiven vieler säkularer Organisationen auch Vertreter von Landtags-Parteien beteiligt sind. Derzeit arbeitet das SNW in 5 Arbeitsgruppen zusammen:

I. Säkulare Forderungen /Wahlprüfsteine / Selbstverständnis; II. Bildungspolitik; III. Landesverfassung; IV. Satzung / Struktur; V. Menschenrechte, Demokratie, Integration in die säkulare Gesellschaft.

Im Anschluss daran, stellten sich die Sprecherinnen kurz vor. Länderberichte aus Sachsen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Berlin waren verschickt worden und liegen, wie alle Tagungsdokumente, in einer von Klaus Gebauer erstellten Kongressmappe vor.



*Burkhard Weppner, Säkulares Netzwerk  
NRW (c)\_Gerhard\_Lein*



Der nächste Gast, Dr. Jacqueline Neumann, Mitglied des fünfköpfigen Direktorium des Instituts für Weltanschauungsrecht [ifw] der Giordano-Bruno-Stiftung, führte in die Aktivitäten des ifw ein, in dessen Beirat auch Ingrid Matthäus-Meier und Rolf Schwanitz sind. Besonderes Augenmerk liege derzeit auch auf einer am Freitag den 26. Oktober eingereichten Strafanzeige gegen Unbekannt bei den Staatsanwaltschaften aller Bundesländer, gegen sämtliche Diözesen der Katholischen Kirche. Einige Exemplare der Anzeige wurden als Anschauungsmaterial verteilt.

Sie wurde mittlerweile auch Thema in [der Presse](#) und ist teilweise von den Staatsanwaltschaften aufgegriffen worden.

*Jaqueline Neumann, ifw\_(c)\_Gerhard\_Lein*



*Ingrid Matthäus-Meier\_(c)\_Gerhard\_Lein*

Das Thema des Tages oblag allerdings der Juristin und [Gerdia](#)-Mitbegründerin Ingrid Matthäus-Meier. Sie stellte sehr anschaulich und kompakt die Konflikte um das kirchliche Arbeitsrecht dar. Sie ging dabei dabei vor allem auf die juristischen Wege es abzuschaffen ein, denn die kirchlichen Loyalitätsobliegenheiten diskriminieren weiterhin Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Oftmals werden auch bei Tätigkeiten fern des Ethos der Organisation beispielsweise eine evangelische Mitgliedschaft oder eine katholische Lebensführung verlangt. Dieser arbeitsrechtliche Sonderweg der Kirchen, bliebe ein besonderer Dorn im Auge von Säkularen.



In der Regel ginge die Überwindung dieses Sonderrechtes nur über die europäische Gerichtsbarkeit und dann – mit Auflagen – über deutsche Obergerichte. Hier zeige sich der hartnäckige Widerstand der Großkirchen gegen ein allgemeines und säkulares Arbeitsrecht. Verfahren dauern sehr lange und sind nur durch Unterstützung der einzelnen Kläger zu leisten. Klagen von Betroffenen werden häufig – bevor sie in der Regel verloren werden – von der Amtskirche durch Vergleiche und Zahlungen zu beenden versucht. Der EuGH hatte hier erst kürzlich einer Berliner Sozialpädagogin Recht gegeben, die gegen die Diakonie geklagt hatte, weil sie als konfessionsfreie Bewerberin auf eine Stelle aussortiert wurde. Daraufhin wurde das Urteil vom Bundesarbeitsbericht entsprechend zugunsten der Bewerberin entschieden. Zudem ist der Fall eines Düsseldorfer Chefarztes noch im BGA anhängig, dem ein katholisches Krankenhaus kündigte, weil er sich erneut Verheiratete. Auch hier hatte das EuGH das kirchliche Arbeitsrecht in seine Schranken verwiesen.

Aktuell wie regional bedeutend, wurde jedoch die [Kündigung eines homosexuellen Referendars](#) an einem Borkener Gymnasium. Der Ordenspater Heinemann des Oblaten-Ordens, der die Schule betreibt, musste auf Weisung „von oben“ den schon unterschriebenen Anstellungsvertrag zurückziehen, weil bekannt geworden war, dass der homosexuelle Lehrer die Absicht hatte, seinen Lebenspartner zu heiraten. Zwei Schülervertreter des katholischen Ordens – Gymnasiums Mariengarten in Borken (NRW) veranschaulichten den Fall und berichteten, welche Folgen dies für die Schülerinnen und Schüler hatte: Schwere Konflikte in der Schulgemeinde, Demonstrationen sowie Unverständnis. Der Lehrer hatte mittlerweile eine Anstellung an einer staatlichen Schule gefunden.

Nach einer reichhaltigen Mittagspause mit belegten Brötchen, Äpfeln und Getränken, die Fatoş Akulun und ihre Mitstreiter aus Köln organisiert hatten, wurde die Co-Bundessprecherin der Säkularen Grünen Dr. Diana Siebert (Köln) empfangen. Sie berichtete aus der BAG Säkulare Grüne und von vier geplanten Initiativen. Darunter das Jubiläum „100 Jahre Weimarer Reichsverfassung“, anlässlich dessen 2019 eine überparteiliche Initiative zur Ablösung der Staatskirchenleistungen ohne Kompensation entstehen soll.

Zudem planen die Grünen einen Entschädigungsfond für die zahlreichen Missbrauchsoffer der (insbesondere katholischen) Kirchen, zu fordern, deren Fälle verjährt sind. Außerdem regte sie an zu den Europawahlen eine Kampagne zu starten, die auf die positive Rolle des EuGH mittels „Europa hat geholfen“ verweist, da erst die Urteile der Europäischen Gerichte säkulares Recht in Deutschland vorangetrieben haben.



*Diana Siebert, BAG Säkulare Grüne (c) Gerhard Lein*

In der anschließenden Dabatte wurde klar, dass es sich um gemeinsame ggf. gleichlautende Initiativen handeln



soll, nicht aber um eine Grünen-Aktion der sich andere anschließen. Klar wurde auch, dass zu diesen Themen begleitenden Kampagnen gehören.

Nach diesen vielen Streiflichtern und Gästen war die Arbeit jedoch noch nicht getan, denn vier Anträge warteten noch auf ihren Beschluss: 1. [Die neuen Grundsätze der Säkularen Sozis](#), 2. ein kleines Papier zur Islamdebatte, 3. ein Antrag zur Abschaffung der Tanzverbote und für „Feiertage für alle“ sowie ein 4. [Antrag für Informationsfreiheit bei Schwangerschaftsabbrüchen und Abschaffung von §219a](#).



*Adrian Gillmann, Sprecher Säkulare Sozis\_(c)\_Gerhard\_Lein*

Johannes Schwill leitete die Antragsdebatte, in der es um Ergänzungen und Änderungen ging. Dabei erläuterte bis verteidigte Adrian Gillmann insbesondere die Anträge, die schon bei dem Treffen des Bundessprecherinnenkreises verabschiedet worden waren.

Mit Änderungen wurden jedoch alle Anträge, außer dem Islampapier, einstimmig angenommen. Das Islampapier wurde, zur Überarbeitung als Arbeitspapier des Sprecherkreises, zurück an diesen verwiesen.

Nach der erfolgreichen Antragsberatung, galt es noch die Neuwahl der Sprecherinnen zu besiegeln. Bis zu 16 BundessprecherInnen konnten sich aufstellen lassen. Bis auf eine Person, erklärten sich alle bisherigen Sprecher bereit, wieder zu kandidieren. Die beiden kommissarischen Berliner Sprecher Uli Bieler und Martin Olbricht stellen sich ebenfalls zur Wahl. Da nicht alle Bundesländer Vertreter in den Sprecherkreis entsenden wollten, wurden die NRW-Genossinnen und Genossen besonders ermuntert Vorschläge zu machen. Schließlich fanden sich 15 Kandidierende, die als Sprecherkreis für die nächsten zwei Jahre gewählt wurden:

Dr. Lale Akgün, NRW (Köln); Dr. Uli Bieler (Berlin); Dr. Klaus Gebauer NRW (Bonn); Gisela Gebauer-Nehring, NRW (Bonn); Adrian Gillmann, Hessen (FfM); Horst Hofmann, Niedersachsen (Neustadt a. R.); Ellen Kühl-Murges, NRW (Hellenthal); Gerhard Lein, Hamburg; Maurice Mäschtig, Bremen; Monika Oetke, Niedersachsen (Hannover); Martin Olbricht, Berlin; Nils Opitz-Leifheit, BaWü (Waiblingen); Norbert Reitz, NRW (Hennef); Rolf Schwanitz, Sachsen (Plauen); Ulla Wolfram, Hamburg

Zu guter Letzt berichtete Gerhard Lein unter „Organisatorisches und Öffentlichkeitsarbeit“ von den Kontakten zur





Anerkennung als Arbeitskreis auf Bundesebene. Es gab in 2017/18 vielfältige Bemühungen, mit der Partei ins Gespräch zu kommen, darunter ein persönlich überreichter Brief der Sprechergruppe an den Parteivorsitzenden Martin Schulz und den Generalsekretär Lars Klingbeil. Eine Einladung zu einem Gespräch bei der damaligen Bundesgeschäftsführerin Nancy Böhning für den April 2018 wurde kurzfristig abgesagt, weil nach Parteivorsitzenden-Wechsel die Bundesgeschäftsführerin das WBH verließ. Im Sommer erfolgte ein erneuter Versuch über den Generalsekretär, der einen Gesprächstermin für Anfang Oktober in Berlin vorschlug. Wegen Wahlkampfterminen in Bayern, musste auch dieses Treffen entfallen. Im September erhielten wir einen Brief des neuen Bundesgeschäftsführers Thorsten Albrecht, der Erkennen ließ, dass es wohl keine Anerkennung als Bundes-AK geben würde, aber gute Wünsche für die engagierte Arbeit enthielt.

Die Begründung der Absage eines AKs mochte allerdings niemanden überzeugen und wir kamen folglich überein, dass wir den Gesprächsfaden mit dem Bundesgeschäftsführer nicht abreißen lassen sollten. Schließlich hatten sich in den letzten Jahren auch immer mehr [Unterstützerinnen wie Unterstützer](#) zu Wort gemeldet und wir bekamen zahlreiche Signale, wie wichtig unsere Themen für die SPD sind, damit diese auch weiterhin eine Option für Konfessionsfreie und Säkulare bleibt.



(c) [Gerhard\\_Lein](#)



(c) [Gerhard\\_Lein](#)

Und fast alle neu gewählten Sprecherinnen und Sprecher kamen noch einmal zusammen, Cheese\*!



(c)\_Gerhard\_Lein